



Die Stadtverordnetenversammlung
- Haupt- und Finanzausschuss -

Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 6. Mai 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-03-0005

Corona als Chance - Digitale Formen der Bürgerbeteiligung ermöglichen und etablieren -Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.04.2020-

Die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung sind in Coronazeiten schwierig geworden. Menschen trauen sich wahrscheinlich über viele Monate noch nicht zu Workshops, Versammlungen oder Infoveranstaltungen, sollten diese denn überhaupt zugelassen werden.

Um sich am aktuellen politischen Geschehen trotzdem beteiligen zu können, bedarf es deshalb den verstärkten Einsatz von digitalen Beteiligungsmöglichkeiten.

Sprechstunden über Videoportale, digitale Umfragen, Streams von Präsentationen mit anschließenden Diskussionen in Chats sind Beispiele um Bürger*innen digitale Beteiligung zu bieten.

Im Bereich der Bürgerbeteiligung sind rechtssichere Abstimmungen in der Regel nicht notwendig, daher sind digitale Formate viel einfacher umzusetzen als im parlamentarischen Betrieb.

Die Etablierung solcher Beteiligungsmöglichkeiten wäre außerdem zukunftsweisend und könnte auch für die Zeit nach Corona Bestand haben.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- 1) Konzepte für digitale Beteiligungsprozesse zu forcieren und in Zusammenarbeit mit den beteiligten Ämtern umzusetzen.
- 2) Den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik regelmäßig über Erfahrungen mit den umgesetzten Maßnahmen zu informieren.
- 3) sich beim Land dafür einzusetzen, dass die HGO der Gestalt geändert wird, dass auf kommunaler Ebene Videokonferenzen auch für Fachausschüsse und Ortsbeiratssitzungen eingesetzt werden können.

FREIE WÄHLER/Bürgerliste Wiesbaden (FW/BLW) - Änderungsantrag zu TO I / TOP 2 20-F-03-0005 Corona als Chance - Digitale Formen der Bürgerbeteiligung ermöglichen und etablieren

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

- 1) Konzepte für digitale Beteiligungsprozesse zu forcieren und in Zusammenarbeit mit den beteiligten Ämtern umzusetzen. Dafür sind Erfahrungen beim Hessischen Städtetages zur digitalen Bürgerbeteiligung einzuholen. Die Antworten des Hessischen Städtetages sind den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

- 2) Auf Grundlage der Berichte der eingebundenen Ämter und dem Bericht des Hessischen Städtetages ist ein entsprechendes Konzept zur Umsetzung in der Verwaltung dem Ausschuss Bürgerbeteiligung und Netzpolitik zur Beschlussfassung vorzulegen)
 - 3) sich beim Land dafür einzusetzen, dass die HGO der Gestalt geändert wird, dass auf kommunaler Ebene Videokonferenzen auch für Fachausschüsse und Ortsbeiratssitzungen eingesetzt werden könne
-

Beschluss Nr. 0127

Der Antrag wird in der folgenden Fassung angenommen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Konzepte für digitale Beteiligungsprozesse zu forcieren und in Zusammenarbeit mit den beteiligten Ämter *zu erarbeiten*. Dafür sind Erfahrungen beim Hessischen Städtetages zur digitalen Bürgerbeteiligung einzuholen. Die Antworten des Hessischen Städtetages sind den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.
2. Auf Grundlage der Berichte der eingebundenen Ämter und dem Bericht des Hessischen Städtetages ist ein entsprechendes Konzept zur Umsetzung in der Verwaltung dem Ausschuss Bürgerbeteiligung und Netzpolitik zur Beschlussfassung vorzulegen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2020

Belz
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .05.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2020

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister